

LESERBRIEF Gute Vorsätze zunichtegemacht

Zum Artikel „Nicht alle sind zufrieden“ vom 18. September:

„Aus Gründen des öffentlichen Wohles, des Umweltschutzes, insbesondere zur Reinhaltung der Luft, betreibt die Stadt...eine Fernheizung...“ „Die Stadt gewährleistet...ein allgemeines Benutzungsrecht zu angemessenen Bedingungen...“

Auszugsweise zitiert aus § 1 Allgemeines, Abs. 1-3, Satzung über die Fernheizung, vom 28. März 1985, für den Magistrat unterzeichnet von Dr. Keller, damaliger Bürgermeister.

Als ich mich vor rund vierzig Jahren zum Kauf eines Baugrundstücks mit Fernwärme-Zwangsanschluss in Dietzenbach entschloss, waren die vorab genannten Gründe, damals wie heute, für mich überzeugend. Fernwärme, richtig gemanagt, ist immer deutlich kostengünstiger als ein individuelles Heizsystem.

Leider wurden die ursprünglich angedachten guten Vorsätze, kostengünstig Wärme für die Bewohner anzubieten, im Laufe der Jahre durch vielfache Fehlentscheidungen zunichtegemacht und ins Gegenteil umgekehrt. X-Mal verkauft, ausgelagert, wieder integriert, Bildung unheiliger Allianzen und vieles mehr führten dazu, dass seitens der jeweiligen Gesellschaften und der politisch Verantwortlichen die Interessen der zwangsangeschlossenen Bürger nicht mehr angemessen berücksichtigt wurden.

Ja, kommunale Gesellschaften sollen auch Gewinne erzielen – es stellt sich aber die Frage, in welcher Höhe und wofür. Zur Aufrechterhaltung des ordentlichen Betriebs sowie Investitionen sicherlich ja, zum Stopfen von Haushaltslöchern nein!

Die verantwortlichen Politiker sollten sich fragen, wie sie die Bürger in Zukunft für die Energiewende/ -einsparung gewinnen wollen, wenn sie die Fernwärme so inakzeptabel vermarkten. Denn die Vertragsunterzeichnung birgt nicht nur höhere Kosten, sondern auch deutliche Schlechterstellung bei diversen weiteren Punkten.

Der Bürger muss heute leider erkennen, dass sobald er sich in eine von der Politik installierte Zwangsabhängigkeit begibt, diese permanent zu seinem Nachteil angewandt wird. Die in dem Artikel vom 18. September geschilderten erpresserischen Vorgehensweisen auf dem sensiblen Feld der Wärmeversorgung sind einer unter politischer Aufsicht stehenden kommunalen Gesellschaft nicht würdig, aufs Schärfste zu verurteilen und zu unterbinden.

Im Zuge der kommunalen Wärmeplanung sollte Fernwärme priorisiert und für Neukunden attraktiv gemacht werden, anstatt Sorgen aufgrund des derzeitigen Geschäftsgebarens zu generieren.

Frank Selke

Dietzenbach

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor und veröffentlicht keine anonymen Briefe.